

Ressort: Politik

Zentralratspräsident für härteren Umgang mit kriminellen Ausländern

Berlin, 08.04.2018, 00:00 Uhr

GDN - Der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, hat einen deutlich schärferen Umgang mit kriminellen Ausländern gefordert. Der "Welt am Sonntag" sagte Schuster: "Wer hier leben will, muss sich an unsere Werte und Traditionen halten. Wer nicht bereit ist, unsere gesellschaftlichen Normen zu akzeptieren, der sollte kein dauerhaftes Bleiberecht in diesem Land erhalten."

Es sollten heute sämtliche Integrationsbestrebungen gesetzlich so verschärft werden, "dass ein Verstoß gegen unsere Grundordnung und Werte im schärfsten Fall zum Entzug des Bleiberechts führt". Nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre fürchtet Schuster, dass es mit Ermahnungen und Geldstrafen nicht mehr getan sei. Schuster kann sich darüber hinaus bei islamistisch motivierten Antisemitismus sogar eine Umkehr der Beweislast vorstellen, wie es in Großbritannien seit einiger Zeit praktiziert wird. Dort müssen Täter bestimmter Vergehen beweisen, dass ihre Verbrechen nicht antisemitisch motiviert waren. Auf die entsprechende Frage antwortete Schuster, er kenne die Details der britischen Gesetzgebung nicht. "Ich könnte mir aber vorstellen, dass dieses Gesetz eine Möglichkeit wäre, Antisemitismus einzudämmen. Wichtig ist doch, dass antisemitische Straftaten als solche erkannt werden. Daher wünsche ich mir, dass die Antisemitismus-Definition, die von der Bundesregierung verabschiedet wurde, in der Rechtsprechung konsequent angewendet wird." Das jüdisch-muslimische Gespräch hält der Präsident des Zentralrats nach wie vor für wichtig. Trotzdem liege die Verantwortung eindeutig bei den muslimischen Verbänden. "Noch immer gibt es zu viele Moscheen in Deutschland, in denen die westlichen Werte, der bundesdeutsche gesellschaftliche Konsens eben nicht gelebt und vertreten werden und in denen Hass auf Juden und auf Israel gepredigt wird. Wenn dieser Missstand nicht behoben wird, wird auch das längste und intensivste interreligiöse Gespräch wenig bringen", so Josef Schuster in der "Welt am Sonntag".

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-104397/zentralratspraesident-fuer-haerteren-umgang-mit-kriminellen-auslaendern.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com